

# Stress und Stressreaktionen

## Die Landtagswahlen 2016 und das deutsche Parteiensystem

Gerd Mielke

Die fünf Landtagswahlen des Jahres 2016 haben die politische Landschaft in den jeweiligen Bundesländern gründlich verändert: Die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien haben sich zum Teil dramatisch verschoben. Mit der AfD konnte eine neue Partei mit beachtlichen Stimmenanteilen in alle Landtage einziehen<sup>1</sup>, so unterschiedlich die politischen Traditionen, die wirtschaftlichen und sozialen Randbedingungen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin auch sein mochten. In vier der fünf Länder wurden nach der Wahl neue Regierungskoalitionen gebildet.

Nun sind politische Veränderungen bei Landtagswahlen in der Bundesrepublik prinzipiell nichts Ungewöhnliches. Landtagswahlen haben hier immer wieder als Tests im politischen Versuchslabor gedient und dabei auch neue (Protest-) Parteien und Regierungskonstellationen eben auf Länderebene hervorgebracht. Die Landtagswahlen des Jahres 2016 freilich signalisieren durch die Wucht und die Gleichförmigkeit der Veränderungen tiefer gehende Umbrüche in der Wählerschaft und im Parteiensystem sowie bei den sich daraus im Anschluss ergebenden Koalitions- und Regierungsbildungen.

Die Kommentare nach den Wahlen richteten sich in diesem Jahr in erster Linie auf die AfD. Sie war nicht nur eine neue Größe im Parteiengefüge, sondern ihre geschickte Inszenierung als „Opfer der Lügenpresse“ und als radikale und rechtspopulistische Herausforderung der etablierten Parteien verschafften der AfD bei den Medien die erhoffte Aufmerksamkeit. Hinzu kam ein starkes mediales Interesse an den Führungsfiguren der AfD, die als schillernde, gefährliche oder wirre politische Charaktere<sup>2</sup> nahezu perfekt in das Beuteraster der Talkshows passten und ausführlich präsentiert wurden. Diese Bündelung der medialen Aufmerksamkeit auf die AfD verdeckt etwas den Umstand, dass mit dem Aufstieg dieser neuen Größe sich naturgemäß auch die anderen Parteien verändert haben und das Zusammenwirken aller Parteien neu justiert werden muss. Wie es die Parteienforscher\*innen etwas nüchterner formulieren würden: Parteien sind keine isolierten Akteure. Sie nehmen ihre Aufgaben als Teile und im Rahmen eines Parteiensystems wahr, in dem sich der Wettbewerb und die Kooperation mit anderen Parteien vollziehen.

- 1 Schon vor den Landtagswahlen des Jahres 2016 war die AfD in die Landesparlamente von Brandenburg mit einem Stimmenanteil von 12,2 Prozent, Bremen (5,5 Prozent), Hamburg (6,1 Prozent), Sachsen (9,7 Prozent) und Thüringen (10,6 Prozent) eingezogen.
- 2 Vor allem Alexander Gauland, immerhin der vormalige Chef der hessischen Staatskanzlei und in dieser Rolle schon einmal eine Romanfigur Martin Walsers, Beatrix von Storch und Frauke Petry waren die Aushängeschilder der auf der Landesebene eher biedereren AfD-Riege. Frauke Petry brachte es sinnigerweise ausgerechnet am 3. Oktober in „The New Yorker“ zu einer ausführlichen „Profile-Story“ unter dem Titel „The new star of Germany’s far right“.

Der folgende Beitrag möchte deshalb den Blickwinkel etwas erweitern und nicht ausschließlich die AfD und ihre Entwicklung analysieren, sondern vor allem untersuchen, wie sich der Aufstieg der AfD aus dem Parteiengefüge ergeben hat und wie er sich nun in der Folge für die anderen Parteien und das Parteiensystem insgesamt auswirkt. Die AfD soll also zum einen als Produkt der politischen Verhältnisse, zum anderen aber auch als eventuelle Bestimmungsgröße für die zukünftigen Verhältnisse interpretiert werden. Dabei verfolgen wir schrittweise drei Fragen. Wie sieht die politische Landschaft in der Bundesrepublik nach den Wahlen 2016 aus? Welche gesellschaftlichen und politischen Zustände haben die AfD hervorgebracht? Welche Folgen für den Parteienwettbewerb zeichnen sich ab?

## Wie sieht die politische Landschaft nach den Wahlen 2016 aus?

Zweifellos waren die durchgängigen Erfolge der AfD der auffälligste Aspekt bei den fünf Landtagswahlen des Jahres 2016. Sie verhalfen der AfD nach dem mit 4,7 Prozent knapp verfehlten Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 2013 in der Summe zum Einzug in nunmehr insgesamt zehn Landesparlamente.

Erstaunlich waren diese Erfolge aus mehreren Gründen. Zunächst stellten sie für die AfD ein beachtliches Comeback in der Wählergunst dar, nachdem die Partei noch im Sommer 2015 unter dem Eindruck der erbitterten Personal- und Richtungskämpfe auf dem Essener Parteitag in den Umfragen auf spärliche 4 Prozent abgesunken war. Bis zum Aufflammen der Flüchtlingsdebatte schien sich das Schicksal der AfD nach den innerparteilichen Zerwürfnissen zwischen dem eher wirtschaftsliberalen Parteigründer Bernd Lucke und seinen in Essen erfolgreichen nationalkonservativen Widersacher\*innen um Frauke Petry und Alexander Gauland dem Zerfallsmuster anderer deutscher Protestparteien anzupassen. Die AfD war drauf und dran, etwa den Piraten auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit zu folgen.

Aber es kam ganz anders. Die Konstanz der Wahlerfolge zwischen März und September 2016, sowie das durchgängig höhere Niveau der Stimmenanteile deuten eine Konsolidierung und Stabilisierung der AfD in der Wählerschaft an, obschon die öffentliche Erregung über den Flüchtlingszustrom seit der Jahresmitte – wohl auch unter dem Eindruck rückläufiger Flüchtlingszahlen – deutlich abgeklungen ist. Eine gewisse Verfestigung der AfD in der Wählerschaft wird zudem auch durch die durchweg hohen und tendenziell noch steigenden Umfragewerte angezeigt. Ende September lag die Wahlabsicht zugunsten der AfD bei den führenden deutschen Meinungsforschungsinstituten bundesweit zwischen 13 und 16 Prozent.

Nach wie vor gibt es Unterschiede im Abschneiden der AfD zwischen Ost- und Westdeutschland. In den beiden ostdeutschen Ländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern erreichte die AfD mit 24,3 Prozent bzw. 20,8 Prozent deutlich höhere Stimmenanteile als in Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent) und Baden-Württemberg (15,1 Prozent), aber mittlerweile überwindet sie – anders als noch 2015 in Bremen und Hamburg – auch in den alten Ländern mit Leichtigkeit die Fünf-Prozent-Hürde. Dies weist ebenfalls auf eine bundesweite Stabilisierung hin und lässt auch für die Wahlen im nächsten Jahr einen erheblichen Einfluss der AfD auf die Kräfteverhältnisse im deutschen Parteienspektrum auf Landes- und Bundesebene erwarten.

Die hohen Stimmenanteile der AfD gingen in allen Wahlen mit zumeist dramatischen Verlusten der anderen Parteien einher. Vor allem die CDU und SPD mussten massive Einbußen hinnehmen, wodurch sie unter die kritische Marge von 20 Prozent abrutschten oder gar ihre führende Rolle innerhalb eines – im weitesten Sinne – linken oder bürgerlichen Lagers verloren. Für die CDU ergaben sich solche Einbrüche in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin. In beiden Ländern sackte sie unter 20 Prozent ab und fiel zudem in Mecklenburg-Vorpommern noch hinter die AfD zurück. Die Sozialdemokraten erlitten vernichtende Niederlagen in so unterschiedlichen Ländern wie Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. Hier wurde sie mit Verlusten von über zehn Prozentpunkten jeweils auf Stimmenanteile von 12,7 Prozent und 10,6 Prozent zurückgeworfen und büßte demgemäß die Führungsrolle innerhalb des linken Lagers ein. Einen Sonderfall regionaler politischer Kultur stellt die Wahl in Baden-Württemberg<sup>3</sup> dar, in der sich neben dem Aufstieg der AfD der Zusammenbruch der lange Jahrzehnte als bürgerlich-konservative „Landespartei“ dominanten CDU weiter fortsetzte und beschleunigte. Parallel zu dem Niedergang der Union haben hier die Grünen ihren Aufschwung als sozial-liberale und ökologische Volkspartei ausbauen können. Neben den beiden großen Parteien haben auch die kleinen vereinzelt schwere Niederlagen erlitten; zu erwähnen sind hier etwa die Verluste der Grünen von 10,1 Prozentpunkten in Rheinland-Pfalz oder die Einbußen der Linken in Sachsen-Anhalt (-7,3) und Mecklenburg-Vorpommern (-5,2). Während die Einbußen der Grünen im Wesentlichen Teil einer gewissen „Normalisierung“ nach den letzten „Fukushima-Wahlen“ im Jahr 2011 waren und mit dem Aufstieg der AfD wenig zu tun hatten, gingen die Verluste der Linken in den neuen Ländern sehr deutlich auf Wählerwanderungen quer durch das ideologische Spektrum zur AfD zurück.

Erstaunlicherweise konnten sich trotz der Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den Parteien alle Ministerpräsident\*innen im Amt behaupten, wenn auch zumeist in neuen Regierungsbündnissen. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern wurde nach der Wahl die zuvor schon amtierende Koalition zwischen SPD und CDU unter Ministerpräsident Erwin Sellering fortgesetzt. In den anderen Ländern entstanden als Folge des Aufstiegs der AfD neue Koalitionen, von denen nur das rot-rot-grüne Bündnis in Berlin unter dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller der klassischen Lager-Logik entsprach. In allen anderen Ländern – Mecklenburg-Vorpommern ist hier mit der Fortsetzung seiner Großen Koalition eingeschlossen – kam es zu lagerübergreifenden Koalitionen. Unter diesen stehen das grün-schwarze Bündnis unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg sowie die sogenannte „Kenia-Koalition“ zwischen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Ministerpräsident Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt als besonders exotische Regierungsbündnisse hervor.

Nun soll der Trend zu lagerübergreifenden Koalitionen in 2016 nicht über Gebühr dramatisiert werden. Diese Regierungsbündnisse werden zudem aus demokratietheoretischer Sicht durchaus differenziert bewertet. Während die Kritiker\*innen an ihnen in erster Linie

3 Siehe hierzu: Gerd Mielke: „Cleavage-Strukturen und ihre Kultivierung: Regionale politische Kultur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz“. In: Nikolaus Werz, Martin Koschkar (Hrsg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Analyse. Wiesbaden 2016, 165 – 188.

die Einebnung und Verringerung politischer Alternativen und damit eine grundsätzliche Einengung politischer Spielräume bemängeln, heben die Befürworter\*innen den damit zu meist verbundenen Rückgang politischer Polarisierung und die Beförderung des öffentlichen Konsens sowie eine gesteigerte Integrationsleistung zwischen divergierenden Interessen hervor. Wie auch immer: Mit der Ausdifferenzierung des deutschen Parteiensystems und mit dem Schrumpfen der beiden großen Parteien seit der deutschen Vereinigung auf der Bundes- und der Länderebene ist die Koalitionslandschaft vielfältiger geworden. Lagerübergreifende Koalitionen, nicht zuletzt Große Koalitionen, haben entsprechend zugenommen. Unter den 16 deutschen Ländern werden derzeit neun von kompakten „Lager-Koalitionen“<sup>4</sup> und sieben von lagerübergreifenden Koalitionen registriert. In den zehn Ländern, in denen die AfD in das Landesparlament eingezogen ist, registrieren wir jeweils fünf von beiden Koalitionsvarianten. Nach den Wahlen dieses Jahres, in denen die AfD mit starken Stimmenanteilen reüssierte, gibt es – wie schon gesagt – nur noch eine „Lager-Koalition“ und vier lagerübergreifende Bündnisse.

Die Spielräume für die Regierungsbildung haben sich also deutlich verengt. Allerdings sind die Probleme bei der Regierungsbildung nicht in erster Linie der gestiegenen Zahl der in den Landtagen vertretenen Parteien zuzuschreiben, sondern dem Umstand, dass mit dem Aufstieg der AfD im deutschen Parteiensystem ein zweites „defektes Lager“ entstanden ist. Den Begriff des „defekten Lagers“ hat der Hamburger Parteienforscher Joachim Raschke nach der Etablierung der Linkspartei ab der Bundestagswahl 2005 zur Kennzeichnung der Schwierigkeiten der drei, eher linken Parteien SPD, Grüne und Linke eingeführt, ihre numerische Mehrheit an Bundestagsmandaten in eine stabile und handlungsfähige Regierungsmehrheit umzusetzen. Dieser „Defekt“ des linken Lagers beruhte und beruht teilweise immer noch auf der Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit der jeweiligen Parteieliten zur politischen Kooperation.<sup>5</sup>

Mit dem Aufstieg der AfD scheint sich nun auch auf dem eher rechten Flügel des Parteienspektrums ein „defektes Lager“ herauszubilden. Während die Wählerwanderungen durchaus eine politisch-ideologische Nähe und fließende Übergänge zwischen der Union, einem erheblichen Teil der Nichtwähler\*innen und der AfD andeuten, verfolgen die entsprechenden Parteieliten auf Bundes- und Landesebene bislang einen Kurs strikter Abgrenzung und Konfrontation, der in Teilen an frühere Phasen der Kooperationsverweigerung zwischen den Sozialdemokraten und den Grünen und eben den nach der Agenda 2010 neu formierten Linken ähnelt.

Die Landtagswahlergebnisse 2016 zeigen also nicht nur den Aufstieg einer neuen Partei auf dem rechten Flügel und zum Teil beträchtliche Verluste der politischen Konkurrenz, vor allem der beiden großen Parteien. Sie verweisen auch auf veränderte Funktionsbedingungen im Parteiensystem. Zum einen wird die Regierungsbildung durch ein nun auch auf dem rechten Rand des Parteienspektrums „defektes Lager“ schwieriger. In den neuen lagerüber-

4 Lediglich in Bayern gibt es noch eine Alleinregierung einer Partei, nämlich der CSU; Schleswig-Holstein ist hier der Gruppe der „Lager-Koalitionen“ zugerechnet worden, obschon man über die Lagerzugehörigkeit des SSW wahrscheinlich streiten kann.

5 Siehe hierzu die aktuelle Studie von Albrecht von Lucke: Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken. München 2016.

greifenden Koalitionen dürften die Kompromisszwänge für die Koalitionspartner spürbar zunehmen. Durch die nunmehr notwendig gewordene Berücksichtigung von Programmpunkten, die für die neuen, „lagerfremden“ Partner einen hohen, oft auch symbolischen Stellenwert für die innerparteiliche Bereitschaft haben, sich überhaupt auf ein neues Bündnis einzulassen, wird es für die von dem AfD-Erfolg besonders in Mitleidenschaft gezogenen Parteien in aller Regel schwieriger, die abgewanderten Wählersegmente wieder zurückzuerobern. In dieser misslichen Lage befindet sich etwa die CDU, wenn sie zu Regierungsbündnissen mit der SPD und den Grünen gezwungen ist, oder aber umgekehrt die SPD bei Koalitionen mit der Union oder der FDP. Die „defekten Lager“ steigern über die angewachsenen Koalitionszwänge hinaus die Entfremdungstendenzen innerhalb der ohnehin schon geschwächten Lager.

Zum andern werden durch die „Defekte“ in beiden Lagern immer größere Teile der Wählerschaft von den dann noch verbleibenden Koalitionsvarianten ausgeblendet bzw. zumindest für eine längere Zeit mehr oder minder kategorisch ausgeschlossen. Damit sinkt die durch die ohnehin schon stark und stetig abgesunkene Wahlbeteiligung ebenfalls zurückgegangene Repräsentativität der aus dem Parteienwettbewerb hervorgehenden Regierungen noch weiter ab. Durch die gängige Praxis, Koalitionen innerhalb „defekter Lager“ zu vermeiden, scheiden auch solche Teile der Wahlbevölkerung von der Anbindung an die Regierung aus, deren Parteien zwar im Parlament vertreten, aber für Koalitionen nicht infrage kommen. Zur Verdeutlichung ein Beispiel: Hätte man bei einer hypothetischen Bundestagswahl Ende September 2016 auf der Grundlage der zu diesem Zeitpunkt gemessenen Stimmenanteile in den Umfragen versucht<sup>6</sup>, eine Regierung zu bilden, so wären bei dieser Regierungsbildung nach den Verfahrensregeln im Umgang mit „defekten Lagern“ die Wähler\*innen der Linken und der AfD, in ihrer Summe rund ein Viertel der Wählerschaft, von vornherein nicht berücksichtigt worden.

## Welche gesellschaftlichen und politischen Zustände haben die AfD hervorgebracht?

Ganz eindeutig hängt der Zuwachs der AfD mit der sprunghaft angestiegenen Bedeutsamkeit der Flüchtlingsfrage ab dem Spätsommer 2015 zusammen. Die Ursachen waren zum einen die Explosion der Flüchtlingszahlen auf der sogenannten Balkanroute über Ungarn und Österreich nach Deutschland, zum andern der mit dem inzwischen schon legendären Satz von Bundeskanzlerin Merkel „Wir schaffen das“ unterlegte Entschluss, diese Flüchtlinge zunächst nach Deutschland einreisen zu lassen. Der Zustrom der Flüchtlinge und die von der Bundeskanzlerin signalisierte Bereitschaft, sie im Sinne einer offenen Willkommenskultur in der Bundesrepublik aufzunehmen und auf dieser Grundlage dann in einem nächsten Schritt möglichst zügig eine breite Palette von deutschen und europäischen Lösungsstrategien

6 Für den 23.9.2016 verzeichnet etwa Infratest dimap folgende Umfragewerte in Prozent: CDU 32, SPD 22, Grüne 12, FDP 6, Linke 8, AfD 16; die Forschungsgruppe Wahlen vermeldet zum selben Tag: CDU 33, SPD 23, Grüne 10, FDP 6, Linke 9, AfD 14.

en für den politischen Umgang mit den Flüchtlingen zu entwickeln, lösten schnell eine Serie von intensiven, mit größtem Medienecho unterstützten Kontroversen aus.

Man sollte allerdings im Blick auf die Kontroversen um die Flüchtlingsfrage noch drei Zusätze einbringen. Erstens erfährt die Flüchtlingsthematik durch die Vorkommnisse in der Silvesternacht in Köln eine intensive Zuspitzung ins Bedrohliche und erhält damit eine zusätzliche „Beunruhigungsqualität“<sup>7</sup>. Im Schutz sowohl der Dunkelheit als auch des Gedränges auf dem Bahnhofsvorplatz war es zu einer Vielzahl von unter anderem auch sexuellen Übergriffen auf junge Frauen gekommen. Obschon die genauen Tathergänge im Einzelnen schwer zu ermitteln waren und sind, führte die offensichtliche Verwicklung von zahlreichen Männern nordafrikanischer Herkunft in die Übergriffe sehr schnell zur Durchdringung der ohnehin schon heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen um angemessene Vorgehensweisen in der Flüchtlingsfrage mit dem brisanten Leitmotiv der sexuellen Bedrohung von Frauen durch „Fremde“. Dies heizte die Stimmung weiter an.

Zweitens zeichnete sich bei der Diskussion um die Flüchtlingsfrage schon bald eine neue Konfliktlinie quer durch die vertrauten politischen Frontstellungen ab, die sich mit wachsender Schärfe vor allem durch die beiden Unionsparteien zog, aber auch die anderen Parteien betraf. Die Antipoden in diesem neuen Konflikt waren zum einen die Bundeskanzlerin als Repräsentantin einer vermeintlich liberalen und offenen Willkommenskultur und zum anderen der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer als scharfer Kritiker der Kanzlerin. Seehofer und die CSU entwarfen mit ihren Forderungen nach einer wie auch immer gearteten „Obergrenze“ bei dem Zustrom von Flüchtlingen, der wiederholt eingeforderten konsequenten Rückführung von nicht anerkannten Flüchtlingen und Asylbewerber\*innen und dem Beharren auf einer Eingliederung der Flüchtlinge in eine deutsche „Leitkultur“ ein christlich-konservatives Gegenszenario zur Kanzlerin. Durch die Flüchtlingsfrage wurden innerhalb des bürgerlich-konservativen Spektrums zwei gegensätzliche ideologische Entwürfe zur Ausgestaltung der bundesrepublikanischen Gesellschaft in Zeiten der Zuwanderung sichtbar.

Drittens schließlich sollte man auf die flankierende Rolle von PEGIDA für die AfD hinweisen. Mit den Demonstrationen von PEGIDA in Dresden und ihrer medialen Resonanz wird das Flüchtlingsthema schon früh durch einige zusätzliche Assoziationsfelder angereichert. Neben der schon im Namen der Organisation mitschwingenden Islamfeindlichkeit sind dies Slogans wie der „Protest der Abgehängten“, die „Lügenpresse“ und die „Opfer der Lügenpresse“, die „Arroganz und Ignoranz der Etablierten“ und ähnliche Bestandteile rechtspopulistischer Propaganda. Diese Slogans werden immer wieder und je nach Bedarf von der AfD aufgegriffen und variiert. Hinzu kommt der Brückenschlag in die rechtsextreme Szene gerade in Ostdeutschland, den PEGIDA gewissermaßen stellvertretend für die AfD vollzieht. Dadurch wird die AfD als wahlkämpfende Partei von allzu innigen Annäherungen und Verzahnungen mit dieser Szene in wichtigen Phasen des Wahlkampfes entlastet; man kann die Diskussion über Kontakte zur rechtsextremen Szene leicht auf PEGIDA umleiten.

7 Dieser Begriff ist von dem Soziologen und Luhmann-Schüler Rudolf Stichweh übernommen; siehe hierzu Rudolf Stichweh: *Der Fremde. Studien zu Soziologie und Sozialgeschichte*. Frankfurt 2010.

In den Medien ist der Aufstieg der AfD in erster Linie als Ausfluss politischen Protests interpretiert worden. Diese Einschätzung basiert auf dem sehr hohen Anteil von rund zwei Dritteln unter den AfD-Wähler\*innen, der bei den entsprechenden Fragen nach den Motiven für die Wahlentscheidung Protest und Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und ihren politischen Angeboten als Ursache für die Stimmabgabe zugunsten der AfD angibt. Die AfD-Wähler\*innen erscheinen also primär als Vertreter\*innen eines Protestpotenzials, das geschickt mobilisiert wurde.

Neben dieser starken Protestneigung weist das Wählerprofil der AfD keine übermäßigen Auffälligkeiten auf<sup>8</sup>. Die AfD-Anhänger\*innen sind mit großer Mehrheit männlich; nur knapp 30 Prozent sind Frauen. Zudem dominieren die mittleren und älteren Altersgruppen ab vierzig; Jungwähler sind eine kleine Minderheit. Die AfD ist stark in der unteren Mittelschicht aus Arbeiter\*innen und Angestellten. Zwar wachsen die Arbeiteranteile im Lauf des Jahres an, aber das von der AfD selbst aus Propagandagründen beanspruchte Etikett „Partei der kleinen Leute“ ist wohl fehl am Platz.

Die Wähler\*innen der AfD kommen aus unterschiedlichen politischen Richtungen. Die Wählerwanderungsbilanzen zeigen drei besondere Aspekte auf. Viele Wähler\*innen kehren aus einer resignierten oder zornigen Distanz wieder in die politische Arena zurück; die AfD erzielt starke Stimmengewinne im Lager der Nichtwähler\*innen und bei den „Sonstigen“. Sie kann aber auch Wähler\*innen aus einem sehr breiten Parteienspektrum von der CDU bis zur Linken rekrutieren. Besonders stark war durchweg der Zulauf von der CDU zur AfD. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass die AfD-Wähler\*innen selbst wie auch die Gesamtheit der Befragten die AfD auf der Rechts-Links-Skala eher in der Mitte oder links von der Mitte einordnen. Dazu passt auch, dass rund drei Viertel der AfD-Anhänger\*innen keine rechtsextremistischen Einstellungsmuster aufweisen. Im Lichte dieser Daten entstammen die AfD-Wähler 2016 also keiner plötzlichen rechtsextremistischen Strömung; sie kommen vor allem aus den Traditionssegmenten der Volksparteien. Spricht das nun für die Protestthese?

Zweifellos trifft die Protestthese die Stimmungslage des überwiegenden Teils der AfD-Wähler\*innen im Jahr 2016; als Erklärung für das Aufkommen der AfD greift sie jedoch viel zu kurz. Sie blendet mit ihrer Betonung von Unzufriedenheit und Protest eine Kette tieferliegender sozialer und kultureller Ursachen politischer Entfremdung bei den AfD-Anhänger\*innen aus. Zudem weisen einige Komponenten des Wählerprofils wie etwa das fortgeschrittene Lebensalter der meisten AfD-Wähler\*innen auf die den Landtagswahlen 2016 vorgelagerten Etappen dieser Wählerbiografien als vormalige Anhänger der Volksparteien, als Nichtwähler\*innen oder als Wähler\*innen der Sonstigen hin. Deshalb der Vorschlag: Die Protestthese sollte durch Beobachtungen ergänzt werden, die den langen Weg dieser verschiedenen Wählergruppen zu den Wahlen 2016 genauer nachzeichnen.

Durch welche Landschaft sind diese Wähler\*innen in den letzten Jahren also gewandert? Die politische Landschaft in Deutschland ist seit Jahrzehnten durch zwei große Konflikte ge-

8 Hier wird vor allem auf die Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest dimap Bezug genommen. Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter haben zudem kürzlich eine recht umfassende Analyse des Wählerprofils der AfD vorgelegt. Siehe hierzu: Oskar Niedermayer, Jürgen Hofrichter: „Die Wählerschaft der AfD. Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?“. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47. Jg., 2/2016, 267 – 284. Die hier erwähnten Profilkomponente beziehen sich auf diese Analyse.

kennzeichnet, die so etwas wie ein Koordinatensystem der Politik bilden. Zum einen ist dies ein ökonomisch durchdrungener Sozialstaatskonflikt zwischen marktliberalen Ordnungsvorstellungen und dem Grundsatz wohlfahrtsstaatlich gewährleisteter sozialer Gerechtigkeit; zum anderen ein eher sozio-kultureller Gegensatz zwischen traditionellen und autoritären Gesellschaftsbildern und libertär-modernen Wertvorstellungen. In dieses Koordinatensystem lassen sich die Elemente des politischen Wettbewerbs einordnen: die Parteien und die Wähler\*innen, aber auch die anstehenden politischen Streitfragen. Zugespitzt formuliert gilt also für Deutschland: In kulturellen Fragen bewegt sich die Politik zwischen modernen und traditionellen Positionen, in ökonomischen und sozialpolitischen Fragen zwischen den Orientierungspunkten Markt und Wohlfahrtsstaat.<sup>9</sup>

Bei der Verortung der Wähler\*innen auf diesen beiden Konfliktachsen gibt es allerdings einen wichtigen und auch erstaunlichen Unterschied. Während im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung auf der kulturellen Konfliktlinie der Wandel des Frauen- und Familienbilds und viele andere veränderte kulturelle Normen die fortlaufende Zunahme modern-libertärer Einstellungen signalisieren, zeichnet sich bei der Konfliktdimension des Sozialstaats eine erstaunliche Stabilität ab. Hier ermitteln seit vielen Jahrzehnten die zahlreichen Studien zu den Einstellungen der Bürger\*innen zum Wohlfahrtsstaat immer wieder ein überwältigendes und ultra-stabiles Votum der Deutschen zugunsten einer umfassenden Wohlfahrtsstaatlichkeit.<sup>10</sup> Über alle Generationen, Bildungsstufen, berufliche Ausrichtungen, Schichten und regionalen Unterschiede hinweg befürworten zwischen 70 und 90 Prozent den klassischen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat als Garanten der sozialen Gerechtigkeit. Die Orientierung an Wohlfahrtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit ist mithin ein Kernelement der deutschen politischen Kultur und steht bei den Bürgerinnen und Bürgern ganz offensichtlich nicht im Widerspruch zu einer kulturellen Modernisierung.<sup>11</sup>

Unter den Parteien hatte sich die SPD seit den Anfängen der Bundesrepublik als Fürsprecherin einer wohlfahrtsstaatlich gestützten sozialen Gerechtigkeit gegen die Risiken und Verwerfungen des Marktgeschehens profiliert und dieses sozialstaatliche Standbein seit den

- 9 Hierzu: Gerd Mielke: „Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan“. In: Ulrich Eith, Gerd Mielke (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Wiesbaden 2001, 77 – 95.
- 10 Aus der Vielzahl an einschlägigen Untersuchungen zur Wohlfahrtsstaatlichkeit im Lauf der letzten Jahrzehnte seien hier zwei beispielhaft herausgehoben: einmal die klassische Langzeitstudie von Edeltraud Roller aus dem Jahr 1992, sowie eine aktuelle Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung aus diesem Sommer: Edeltraud Roller: Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1992; Roberto Heinrich, Sven Jochem, Nico A. Siegel: Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2016.
- 11 Die ungebrochene Kontinuität einer wohlfahrtsstaatlichen Orientierung deutet auf eine interessante Metamorphose der politischen Kultur in Deutschland hin. Die erste große Studie zur politischen Kultur von Gabriel Almond und Sidney Verba aus dem Jahr 1963, die sogenannte „Civic Culture – Studie“, ordnet die politische Kultur der Bundesrepublik noch als „Untertanenkultur“ ein. In ihr sind die Bürger nicht so sehr an politischer Teilhabe interessiert, sondern richten sich in erster Linie an staatlichen Leistungen und Verordnungen aus. Mehrere Folgestudien zeigen dann für die Bundesrepublik ein breites Aufwachen sowohl der Teilhabewünsche als auch der Teilhabefähigkeiten, aber die Ausrichtung und das Vertrauen auf das staatliche Handeln bleibt ein fester Teil der langfristigen Einstellungen zur Politik. Es transformiert sich in eine Wohlfahrtsstaatsorientierung auf breitester Basis, die ganz offensichtlich als tragende Plattform und als Rahmen der politischen Teilhabe fungiert.



1980er-Jahren durch die Übernahme modern-libertärer gesellschaftspolitischer Positionen ergänzt. Umgekehrt definierte sich die CDU/CSU mit ihrer katholisch-kirchlich geprägten Vergangenheit vornehmlich über traditionelle, zuweilen autoritäre Gesellschaftsbilder; hingegen schwankte sie im Sozialstaatskonflikt im Laufe der Jahrzehnte zwischen wohlfahrtsstaatlichen und marktliberalen Orientierungen<sup>12</sup> hin und her.

Seit der Jahrtausendwende haben beide großen Parteien weitreichende programmatisch-ideologische Veränderungen durchlaufen. Dabei haben sich sowohl die Union als auch die SPD sehr deutlich von ihren traditionellen Profilen abgesetzt.<sup>13</sup> Diese Umbrüche, das wäre eine erste These, bilden den Ausgangspunkt des langen Marsches der AfD-Wähler.

Den ersten großen Traditionsbruch unternahm dabei die SPD unter Gerhard Schröder und Franz Müntefering mit dem Umstieg auf die sogenannte „Agenda-Politik“. In Anlehnung an den „Dritten Weg“ der britischen Sozialdemokratie unter Tony Blair nahm auch die SPD den teilweisen Rückbau des klassischen Wohlfahrtsstaats und umfangreiche Privatisierungen in Angriff und schwor ihre Anhänger\*innen auf eine marktcompatible Sozialdemokratie ein, in der durch systematische Begünstigung der Wirtschaft und die Anstachelung der individuellen Leistungsbereitschaft Wohlstand und (Chancen-) Gerechtigkeit für alle erreicht werden sollte. Gemäß der marktliberalen Doktrin einer rigorosen Haushaltsdisziplin reihte sich auch die Bundesrepublik mittels einer verbindlichen Schuldenbremse zudem in die wachsende Schar der „Konsolidierungsstaaten“, so der bissige Seitenhieb von Wolfgang Streeck, ein.<sup>14</sup> Auf die Details dieses politischen Paradigmenwechsels soll hier nicht eingegangen werden; für unser Thema ist jedoch entscheidend, dass es in der Folge neben der Stabilisierung und Neuausrichtung der eigentlich schon im Niedergang befindlichen PDS/Linkspartei/Linken für die SPD zu dem Verlust eines erheblichen Teils der SPD-Wählerschaft kam, und es waren vor allem Traditionswähler\*innen, die von der Stange gingen. Hatte die SPD bei der Bundestagswahl 1998 noch einen Stimmenanteil von 40,9 Prozent erzielt, so war sie 2009 auf 23,0 Prozent abgesunken und bewegt sich seither konstant auf diesem Ni-

- 12 Die kleinen Parteien richten sich in diesem Koordinatensystem an den großen Polen aus: Grüne und Linke sind die unmittelbaren libertären und sozialstaatlichen Anrainer der SPD; die FDP hat ihren Platz seit den 1980er-Jahren als marktliberale und zugleich libertäre Ergänzung der Union behauptet. Entsprechend lassen sich auf dieser zweidimensionalen räumlichen Grundlage die immer wieder beschworenen politischen Lager definieren: ein eher linkes Lager aus SPD, Grünen und Linken, ein bürgerlich-konservatives aus Union und FDP.
- 13 Die hier angesprochenen Veränderungen reichen in ihren Anfängen freilich weiter zurück. Die meisten Autor\*innen siedeln diese Anfänge in den 1970er-Jahren an. Gekennzeichnet wurde diese neue gesellschafts- und wirtschaftspolitische Epoche durch die immer stärkere Kritik der neoliberalen Schule der Ökonomie an dem bis dahin vorherrschenden keynesianisch-sozialdemokratischen Politikansatz und durch die beispielhaften politischen Umbrüche in den USA und Großbritannien, die unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher als profilierteste politische Repräsentant\*innen des Neoliberalismus durchgesetzt wurden. In der Bundesrepublik erfolgte dieser Umschwung auf der politischen Ebene mit ziemlicher Verspätung erst in dem Jahrzehnt nach der deutschen Vereinigung.
- 14 Die sogenannte Schuldenbremse war für die Sozialdemokrat\*innen in doppelter Hinsicht problematisch. Zum einen entzog sie dem klassischen sozialdemokratischen Politikmodell, gesellschaftliche Probleme durch Einsatz öffentlicher Gelder zu entschärfen, die Haushaltsgrundlagen; zum anderen richtete sie sich in der praktischen Konsequenz gegen die Idee des öffentlichen Dienstes, der nicht nur ein wichtiger Aufstiegskorridor für Mitglieder der unteren sozialen Schichten war, sondern auch eine Plattform für die Verbreitung sozialdemokratischer Gesellschaftsbilder bot.

veau. Ein beträchtlicher Teil dieser verloren gegangenen Wähler\*innen wechselte zur Linken und – mit Einschränkungen – zu anderen Parteien; eine andere große Gruppe zog sich in die Wahlenthaltung zurück. Mit anderen Worten: Durch die Preisgabe ihres traditionellen Politikansatzes staatlicher Interventionen in das Marktgeschehen und durch ihre Annäherung an den marktliberalen Pol im Sozialstaatskonflikt hatte die SPD eine Repräsentationslücke für die „kleinen Leute“ aus der Unterschicht und der unteren Mittelschicht entstehen lassen. Diese sahen sich nun verstärkt Marktrisiken ausgesetzt und hatten auf zentralen Politikfeldern wenig Unterstützung vom „Konsolidierungsstaat“ zu erwarten.

Betrachten wir nun den Umbruch bei der Union. Im Gegensatz zum spektakulären Schwenk der SPD unter Schröder und Müntefering zur „Agenda-Politik“ vollzog sich der Paradigmenwechsel bei der Union<sup>15</sup> schrittweise und leiser, aber er war nicht weniger radikal. Er spielte sich vor allem auf der für die Unionsparteien zentralen sozio-kulturellen Konfliktachse zwischen traditionell-autoritären und modern-libertären Gesellschafts- und Rollenbildern ab und wurde unter Angela Merkel mit dem Anspruch orchestriert, die CDU-Programmatik an die allgemeinen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse anzupassen. Zug um Zug wurden traditionelle Elemente des CDU-Selbstverständnisses, wie etwa das Frauen- und Familienbild, die Skepsis gegenüber Beziehungen zwischen Gleichgeschlechtlichen, die ablehnende Haltung zur Einwanderung und ein Festhalten am überkommenen Verständnis von Nation mit seinen völkischen Anklängen und das Eintreten für eine Wehrpflicht als Bürgerpflicht, relativiert, modifiziert oder schlichtweg beiseite gedrängt. Auch der schnelle Ausstieg aus der Atomenergie nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Frühjahr 2011 fügt sich in diese „Modernisierungsstrategie“.<sup>16</sup> Dabei kann durchaus offen bleiben, ob diese Veränderungen Teil einer systematischen Neubesinnung waren oder eher taktische Überlegungen etwa zur Schaffung neuer Koalitionsspielräume gegenüber den Grünen. Entscheidend ist als Folge dieser Veränderungen ebenfalls eine allmähliche Entfremdung festzustellen, die sich in den katholisch-konservativen Kreisen der CDU-Anhängerschaft ausbreitete.

Sowohl die SPD als auch die Unionsparteien haben also mit ihren „Reformen“ und „Modernisierungen“ in den letzten 15 Jahren die Bedingungen für politische Integration und

15 Der Vollständigkeit halber sollte man an dieser Stelle anführen, dass der von den Sozialdemokraten vollzogene Schwenk zu einer stärkeren Marktorientierung und die damit verbundene Distanzierung von wohlfahrtsstaatlichen Traditionen auch von der Union mitgetragen, ja mitgestaltet worden ist. Schon seit den späten Kohl-Jahren, also nach der deutschen Vereinigung, hatten die Vertreter\*innen der katholischen Soziallehre in der Partei dramatisch an Einfluss verloren, so dass die Union in der Folgezeit wirtschafts- und haushaltspolitisch mehr und mehr unter die Dominanz eines konsequenten Marktliberalismus und einer immer wiederholten Spar- und Konsolidierungspolitik geriet.

16 Eine Verortung der Umbrüche, die sich bei der CDU in den letzten Jahren auf der sozio-kulturellen Konfliktlinie vollzogen, im Koordinatensystem politischer Konflikte relativiert übrigens die in den Medien recht populäre These von einer „Sozialdemokratisierung“ der CDU unter Merkel. Die hiermit angesprochenen programmatischen Korrekturen der Union sind mehr oder minder ausschließlich auf der sozio-kulturellen Konfliktlinie angesiedelt und rücken die CDU damit stärker an den libertären Pol auf der sozio-kulturellen Konfliktachse. Dies entspricht allenfalls einer „Sozialdemokratisierung à la Schröder“; eher ist dies eine Annäherung an die Grünen. Eine Sozialdemokratisierung im Sinne einer wohlfahrtsstaatlichen Absicherung gegen Marktrisiken, also der traditionelle Markenkern der SPD vor dem Schwenk zur „Agenda-Politik“, liegt hingegen nicht vor, im Gegenteil.

Repräsentation in Deutschland erheblich verändert. Diese Veränderungen vollziehen sich auf zwei Ebenen: zum einen auf der Ebene wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Entwicklungen, die unmittelbar auf den Alltag und die Lebenswelten der Bürger\*innen einwirken; zum anderen auf der politischen Ebene, auf der die Bürger\*innen nun mehr oder minder ratlos und hektisch nach Interpretationen dieser Entwicklungen, aber vor allem nach politischer Unterstützung und praktischen Lösungen im Sinne ihrer Interessen suchen.

Auf der ersten Ebene, der Ebene der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen und Erfahrungen, lösen die „Reformen“ und „Modernisierungen“ einen umfassenden Wandel aus, dessen langfristige Konsequenzen derzeit noch nicht im Detail abzusehen sind, die jedoch in ihrem Zusammenwirken schon jetzt die gesellschaftswissenschaftliche Diagnose „Land im Stress“<sup>17</sup> erlauben. Zahlreiche Studien aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und mit ganz unterschiedlichen methodischen und theoretischen Zugriffen, sowie umfangreiche Analysen aus der gesellschaftlichen, journalistischen und politischen Praxis haben in den letzten Jahren eine Vielzahl krisenhafter und kollektiven Stress auslösende Entwicklungen identifiziert. Allein eine Aufzählung der einschlägigen Titel der Veröffentlichungen verweist auf ein Szenario von bedrohlichen ökonomischen, sozialen, kulturellen und eben auch politischen Risikolagen.

Ein spätestens seit der Jahrtausendwende siegreicher „Ökonomismus“<sup>18</sup> und ein weitgehend den politischen Kontrollen entglittenes, souveränes Finanzregime<sup>19</sup> lösen auf den internationalen, aber auch auf den nationalen Märkten Folgen aus, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt<sup>20</sup> bedrohen können und die Mechanismen einer „Abstiegsgesellschaft“<sup>21</sup> in Gang setzen. Diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stressindikatoren strahlen auch auf die demokratischen Prozeduren ab. Sinkende Wahlbeteiligung signalisiert wachsende Resignation und Marginalisierung in den unteren Etagen der sozialen Hierarchie; sie bedroht die politische Gleichheit.<sup>22</sup> Wirtschaftliche und soziale Verwerfungen bieten populistischen Strömungen einen günstigen Nährboden.<sup>23</sup>

Auf der zweiten, der politischen Ebene finden die Bürger seit über einem Jahrzehnt eine eigentümlich veränderte und ideologisch reduzierte Parteienlandschaft vor. Zwar hat sich oberflächlich das Format des deutschen Parteiensystems kaum verändert; auf der Bundesebene agieren dieselben Parteien; auch das Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag 2013

- 17 So lautet der Titel eines kürzlich erschienenen Sammelbandes: Peter Kuleša (Hrsg.): Land im Stress. Herausforderungen für sozialen Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland. Weinheim und Basel 2016. Der Band enthält eine Reihe von Gesprächen, die während der letzten beiden Jahre in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden und die Entwicklung in Deutschland aus unterschiedlichen Blickwinkeln darstellen.
- 18 „Der Ökonomismus hat den Sieg errungen“, Gespräch mit Dirk Kurbjuweit. In: Peter Kuleša (Hrsg.), a.a.O., 27 – 38.
- 19 „Die Souveränität des Finanzregimes“, Gespräch mit Joseph Vogl. In: Peter Kuleša (Hrsg.), a.a.O., 14 – 26.
- 20 „10 Jahre Hartz IV und die Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, Gespräch mit Wilhelm Heitmeyer. In: Peter Kuleša (Hrsg.), a.a.O., 39 – 42.
- 21 „Die Rolltreppe fährt nach unten“, Gespräch mit Oliver Nachtwey. In: Peter Kuleša (Hrsg.), a.a.O., 43 – 55.
- 22 „Wahlen, Wahlbeteiligung und die Zukunft der Demokratie“, Gespräch mit Armin Schäfer. In: Peter Kuleša (Hrsg.), a.a.O., 55 – 63; siehe auch Armin Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt, New York 2015.
- 23 „Demokratie in Gefahr? Populismus und seine Folgen“, Gespräch mit Werner A. Perger. In: Peter Kuleša (Hrsg.), a.a.O., 89 – 108.

deutete keine tiefe Zäsur an. Durch die „Reformen“ und „Modernisierungen“ in den beiden großen Parteien sind jedoch Repräsentationslücken für beträchtliche Teile gerade der Traditionswählerschaften sowohl der Union als auch der SPD auszumachen. Die in den letzten Jahren rückläufige Zahl der Anhänger traditioneller und autoritärer Gesellschaftsbilder in der Union, vor allem aber die übergroße, stabile Mehrheit an Befürwortern des klassischen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats haben ihre vertrauten politischen Fürsprecher und ideologisch-programmatischen Identifikationsobjekte weitgehend verloren. Eine klassische Antwort auf derartige „Enttäuschungen“ ist der Rückzug in die Wahlenthaltung. Teilweise können diese Repräsentationslücken von den Parteien aber auch durch andere politische Objekte wie attraktive Führungsfiguren wie die Bundeskanzlerin oder durch ein „linkes“ Thema wie den Mindestlohn für eine Zeitlang kompensiert oder überdeckt werden. Wahrscheinlicher dürfte jedoch eine allmähliche Abschwächung der Parteibindungen bei diesen nicht mehr repräsentierten und von ihren Traditionsparteien „freigesetzten“ Stammwähler\*innen sein<sup>24</sup>.

Repräsentationslücken im Parteiengefüge erzeugen fast zwangsläufig immer auch Integrationsprobleme, indem sie bei Teilen der Wählerschaft das Gefühl wecken, sie gehörten nicht mehr dazu. Sie haben den Eindruck, ihre Interessen und Sichtweisen fänden kein oder nur geringes öffentliches Gehör, würden stattdessen systematisch von anderen Interessen übertönt und spielten folglich bei den politischen Entscheidungen keine Rolle. Diese Wählergruppen ziehen sich dann weitgehend aus der aktiven Teilhabe am politischen Leben zurück, sie nehmen auch politische Informationen kaum noch wahr. Sie werden im eigentlichen Sinne zu Randfiguren, zu „marginalisierten Gruppen“, wie die Soziolog\*innen diese Abgedrängten nennen. Genau zu diesem Befund kommen übrigens die Studien zum „prekären Wählen“ und zur Wahlbeteiligung, wie sie erst kürzlich etwa von der Bertelsmann Stiftung präsentiert worden sind, nun auch für die Bundesrepublik.

Vor dieser etwas breiteren Kulisse einer deutschen Gesellschaft, in der sich einige Gruppen bedrohlichen Stresssituationen ausgesetzt sehen, und ihrer politischen Landschaft, in der wiederum tiefgreifende Umbrüche vor allem in den großen Parteien zu deutlichen Repräsentations- und Integrationsproblemen geführt haben, lässt sich sowohl die Wirkung der Flüchtlingsfrage als auch die Rolle der AfD bei den Wahlen dieses Jahres sinnvoller diskutieren als nur im Lichte der aktuellen Umfragen.

Die Flüchtlingsfrage konnte ihre Wirkung über die aktuellen Geschehnisse hinaus – wenn man so will – in zwei Richtungen entfalten. Zum einen konnte das Flüchtlingsthema zunächst und offenkundig als Streitthema auf der sozio-kulturellen Konfliktachse eingeordnet und diskutiert werden; zum andern ließ sich das Flüchtlingsthema aber auch bald dem Sozialstaatskonflikt und damit dem Streit zwischen Marktliberalen und Anhänger\*innen der wohlfahrtsstaatlich verbrieften sozialen Gerechtigkeit zuordnen. In beiden Varianten entwickelte das Streitthema unterschiedliche und differenzierte Dynamiken.

24 In den meisten Wahlstudien wird der Rückgang der Parteibindungen bzw. der Parteidentifikation mit steigender sozialer Mobilität und breiterem Medienkonsum der Wähler\*innen begründet; mit diesem Ansatz kann leicht übersehen werden, dass die Abschwächung von Identifikationen sehr wohl auch durch drastische Veränderungen des Identifikationsobjekts – also durch den Wandel der Parteien – verursacht werden kann.

In dem sozio-kulturellen Konflikt zwischen libertären und traditionellen und autoritären Gesellschaftsbildern berührte das Thema Flüchtlinge vor allem Fragen der religiösen oder völkisch-nationalen Zugehörigkeit bei den Deutschen. Diese Fragen spielten normalerweise in den tagespolitischen Auseinandersetzungen keine große Rolle. Aber schon die Studienreihe „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeyer zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hatten in den letzten zehn Jahren einen Anstieg der Islamophobie festgestellt, und die überwiegende Herkunft der Flüchtlinge aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und Afrika sowie deren religiöse Zuordnung zum Islam weckte in Teilen der Bevölkerung Misstrauen und Ressentiments. Dies erfolgte besonders dann, wenn Vorkommnisse wie in der Kölner Silvesternacht oder die Berichte von Attentaten im In- und Ausland mit islamistischem Hintergrund für zusätzliche Beunruhigungsqualität sorgten. Auch die Debatte um das sogenannte „Burka-Verbot“ vollzieht sich im Bann dieser sozio-kulturellen Konfliktlinie. Die dabei ins Spiel kommenden Frauen- und Familienbilder bieten überdies den einheimischen Anhänger\*innen eines konservativ-traditionellen deutschen Frauen- und Familienbildes die seltene Möglichkeit, mit der Kritik an dem praktizierten und kolportierten rückständigen Rollenverständnis „des“ Islam im Blick auf Frauen und Männer in der öffentlichen Debatte eine Position des aufgeklärten Konservatismus einzunehmen. Schließlich führten die Diskussionen über die angemessenen Integrationsauflagen für die Flüchtlinge zu einer Neuauflage der schon verschiedentlich umstrittenen Leitkultur-Debatte, die wiederum mehr oder minder direkte Übergänge zur Aktualisierung des alten Gegensatzes zwischen „völkischem“ und „republikanischem“ Nationalismus aus den 1990er Jahren eröffnete.<sup>25</sup> Die Flüchtlingsfrage in ihrer religiös-kulturellen Dimension aktualisierte also den alten Konflikt zwischen libertären und traditionellen und autoritären Gesellschaftsbildern, und zwar in einer Weise, die den deutschen Anhänger\*innen konservativer Gesellschaftsbilder gewissermaßen neuen Angriffsschwung verlieh und damit auch vor allem innerhalb beider Unionsparteien aus der unbequemen Position der Ewiggestrigen verhalf. In dieser Hinsicht ist vor allem die Union in ihrer Geschlossenheit davon betroffen.

Die Flüchtlingsthematik lässt sich allerdings auch ohne Weiteres auf der eher sozio-ökonomischen Sozialstaatskonfliktachse einordnen, wenn man sich den Problemen der mittel- und langfristigen Integration der Zugewanderten zuwendet. Die Flüchtlinge spielen dabei eine zwiespältige Rolle. Einerseits wird der Zustrom von zumeist jungen Menschen als entlastender Faktor für eine von den Folgen des heraufziehenden demografischen Wandels bedrohte Gesellschaft positiv interpretiert; andererseits zeigen Erfahrungen aus klassischen Einwanderungsländern, dass größere und dauerhafte Zuwanderungen – und um eine solche dürfte es sich hier handeln – häufig zu einem verschärften Wettbewerb zwischen den Zuwanderer\*innen und den Unterschichten des Aufnahmelandes führen. Klassische Konkurrenzfelder sind in der Regel Arbeitsplätze, Wohnungen, der Zugang zu und die Versorgung mit öffentlichen Leistungen wie etwa Schulen und Bildungseinrichtungen oder der Zugang zum Gesundheitswesen. In der Bundesrepublik wird diese Thematik dadurch noch

25 Siehe hierzu beispielhaft die Beiträge von Dieter Oberndörfer zur damaligen Auseinandersetzung um die Leitkultur, etwa Dieter Oberndörfer: Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europa. Freiburg 1991; ders.: Der Wahn des Nationalen. Die Alternative der offenen Republik. Freiburg 1993; ders.: Deutschland in der Abseitsfalle. Politische Kultur in Zeiten der Globalisierung. Freiburg 2005.

verschärft, dass die Festlegung auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, vor allem auf der Landes- und kommunalen Ebene, durch die schon erwähnte Schuldenbremse in dieser Situation eine verhängnisvolle Rolle spielen kann. Mit der Schuldenbremse hat man sich weitgehend der Möglichkeiten beraubt, durch öffentliche Programme und Projekte den Konkurrenzdruck abzumildern und dadurch Konflikte zu entschärfen, die sehr häufig zur öffentlichen und politischen Radikalisierung beitragen können. Im Kontext des Sozialstaatskonflikts wird das Flüchtlingsthema vor allem bei den Sozialdemokrat\*innen Wirkung zeigen. Zwar hat die SPD schon vor zehn Jahren beträchtliche Einbußen in der Gruppe der Wohlfahrtsstaatsverfechter\*innen hinnehmen müssen, aber die Flüchtlingsfrage kann ohne Weiteres zu einem neuen Nachfrageschub bezüglich sozialstaatlicher Leistungen führen und damit innerparteiliche Kontroversen auslösen. Wahrscheinliche Konfliktfelder dürften durch die Flüchtlingsfrage hier die Wohnungspolitik und das vor neuen Herausforderungen stehende Bildungswesen sein. Für die SPD ist diese Perspektive durchaus bedrohlich, ist doch ein leistungsfähiges Bildungswesen so etwas wie das Kernstück ihres neuen Politikmodells; dramatische Kostensteigerungen auch hier wären nur schwer zu kompensieren.

Besonderes Gewicht hat die Flüchtlingsfrage auch für den Bereich der „Inneren Sicherheit“; hier laufen beide Konfliktlinien zusammen, und hier sind beide großen Parteien betroffen. Gerade weil die Unionsparteien seit vielen Jahrzehnten die Innere Sicherheit im Sinne der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung als eines ihrer zentralen Aufgabenfelder definiert haben, stehen sie angesichts der selbst formulierten Ansprüche etwa der Einhaltung einer „Obergrenze“, der Durchführung von „Ausweisungen“, der Vermeidung von als gefährlich betrachteten „Parallelgesellschaften“ unter beträchtlichem, teilweise selbst erzeugten Erfolgswang. Auch nur gelegentliche Attentate oder Gewaltandrohungen, die zudem in der Regel von außen kommen und kaum kalkulierbar erscheinen, können auf diesem Themenfeld zu beträchtlichen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlusten für die Unionsparteien führen. Auch die SPD hat unter ihren Anhänger\*innen stets einen beträchtlichen Anteil von Law-and-Order-Verfechter\*innen gehabt. Auch wenn diese zumeist der Unterschicht und unteren Mittelschicht zuzurechnenden Gruppen für die Wahlergebnisse der SPD keine sehr große Bedeutung mehr haben dürften, können Sicherheitsprobleme, die in Zusammenhang mit den Flüchtlingen oder Zuwanderer\*innen gebracht werden, die eventuellen Erfolgsbilanzen der SPD beeinträchtigen.

Wir können also festhalten: In der Bundesrepublik zeichnet sich in den letzten beiden Jahrzehnten eine gesellschaftliche Entwicklung ab, die durch verschiedene Krisensymptome für einige, zumeist im unteren Drittel angesiedelte Gruppen gekennzeichnet ist. Auf zentralen Themenfeldern der beiden großen Konfliktachsen befinden sich soziale Gruppen recht dauerhaft in ökonomischen und kulturellen Stresslagen; zudem sind im Zuge der Umorientierungen beider großen Parteien die vertrauten Formen der politischen Repräsentation und Interessenvertretung eben dieser Gruppen weitgehend außer Kraft geraten. Diese lang- und mittelfristigen Problemlagen sind Nährboden für politischen Protest und Entfremdung dieser gestressten Gruppen in echten oder vermeintlichen Krisensituationen. Entsprechend kann die Flüchtlingsfrage vor diesem Hintergrund ihre volle Wirkung entfalten, und erst vor diesem Hintergrund werden die Erfolgchancen der rechtspopulistischen AfD über die aktuellen Ereignisse des Spätsommers 2015 und des Jahres 2016 hinaus erkennbar. Das

Aufkommen rechtspopulistischen Protests in Gestalt der AfD ist nicht nur eine kurzfristige Trotz- und Protestreaktion auf einen in bestimmten Gruppen missliebigen Impuls wie den Zustrom von Flüchtlingen, der rechte Aufstieg wird durch langfristige Entfremdungsprozesse im Bereich der Traditionsunternehmen beider großen Parteien begünstigt. Die Protestthese sollte also sinnvollerweise mit diesen langfristigen Bestimmungsfaktoren des Rechtspopulismus auch in der Bundesrepublik verbunden werden, um nicht Fehleinschätzungen im Blick auf die Bedrohungen des demokratischen Alltags zu unterliegen, aber auch um nicht angesichts der Tragweite und Intensität der hier sichtbaren gesellschaftlichen Entwicklungen als Gegenstrategien gegen den Rechtspopulismus bloß auf Moralappelle und raffinierte Kommunikationsformen zu setzen.

## Welche Folgen für den Parteienwettbewerb zeichnen sich ab?

Ein Rückblick auf das vergangene Jahr zeigt, dass der Aufstieg der AfD auch von einer ganzen Reihe von jeweils überraschenden Ereignissen wie der Silvesternacht in Köln oder Attentaten hierzulande und in anderen europäischen Ländern beeinflusst worden ist. Bei den Mutmaßungen über die Folgen des Wahlgeschehens im Jahr 2016 für die kommenden Wahlen gilt es also, von vorneherein einzuräumen, dass ähnliche Vorkommnisse immer wieder und auch mit erheblichen Auswirkungen auf die politische Agenda gelangen können.

Über diese prinzipielle Offenheit der kommenden Monate für unvorhergesehene Ereignisse hinaus zeichnen sich jedoch einige neue Strukturen und Probleme des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik ab, die auf die anstehenden Wahlen im Jahr 2017 einen prägenden Einfluss ausüben werden. Betrachten wir diese neuen Prägekräfte des politischen Parteienwettbewerbs, indem wir sie im Blick auf die drei zentralen Akteure im kommenden Jahr beleuchten.

- a) Ein erster zentraler Bestimmungsfaktor im Parteiensystem und damit im Parteienwettbewerb des kommenden Jahres wird die sehr wahrscheinliche Konsolidierung der AfD als neue rechtspopulistische Größe mit einem beachtlichen Wählerpotenzial zwischen 10 und 20 Prozent sein. Diese Konsolidierung beruht auf zwei Voraussetzungen, von denen eine allerdings recht ungewiss ist: erstens auf dem vergleichsweise gesicherten Zugang zu einem großen und stabilen Wählerreservoir; und zweitens, das nun ist die ungewisse Voraussetzung, auf der Fähigkeit und Bereitschaft der AfD-Führungsschicht, den bisherigen Kurs einer kontrollierten Radikalität beizubehalten.

In allen Demokratien gibt es ein kurzfristig mobilisierbares Protestpotenzial, mit dessen Unterstützung extremistische und populistische Parteien überraschende Wahlerfolge erringen können. Die Besonderheit der Situation der AfD am deutschen Wählermarkt besteht darin, dass ihr das Flüchtlingsthema unversehens die Chance eröffnet hat, thematische Brückenschläge in die Traditionswählerschaften beider großen Parteien zu vollziehen und dort auf Stimmenfang zu gehen. Diese Brückenschläge aber sind, wie wir im letzten Abschnitt gesehen haben, durch die Paradigmenwechsel des letzten Jahrzehnts in beiden großen Parteien unter Schröder und Merkel maßgeblich erleichtert worden. Für

die AfD selbst ergibt sich aus dieser teilweisen Freisetzung der Traditionswähler\*innen bei Union und SPD die Option, zwischen zwei ideologischen Ausrichtungen ihrer Propaganda und Polemik wählen zu können: zum einen eine völkisch-nationale, eventuell religiös durchwirkte Variante mit islamophoben Elementen, mit der sie sich auf die kulturelle Konfliktachse konzentriert; zum andern die Variante eines Wohlfahrtsnationalismus, mit dem sie ihre Fremdenfeindlichkeit als Abwehr unberechtigter Ansprüche von Flüchtlingen, Migrant\*innen und generell von „Fremden“ interpretiert. Im ersten Fall würde die strategische Zielgruppe der AfD-Propaganda bei der Union, im zweiten Fall bei der SPD und der Linken angesiedelt sein.

An dieser Stelle kommt die zweite Voraussetzung für einen dauerhaften Erfolg der AfD ins Spiel – die Entwicklungen in der AfD-Führungsschicht. Hier gibt es eine potenziell explosive Fülle von Fraktionen und Gruppen mit sehr unterschiedlichen ideologischen Orientierungen und taktischen Interessen, vor allem in Ostdeutschland hat sich hier in den letzten zehn Jahren eine starke rechte Szene als Reservoir für neue Figuren entwickelt. Der Essener Parteitag vom Sommer 2015 hat gezeigt, mit welcher Härte und Rücksichtslosigkeit diese Gruppen aufeinander prallen können. Seitdem ist es der AfD freilich gelungen, einen weiteren Zusammenprall dieser Größenordnung zu vermeiden. Dabei hat bestimmt die Erfolgswelle der letzten Monate die Bereitschaft zu innerparteilichen Vernichtungskämpfen etwas abgemildert. Aber das muss keinesfalls von Dauer sein. Hinzu kommt als politisches Sedativum die Herausbildung einer „halb-etablierten“ Riege von Führungsfiguren mit hohem medialem Rang, die inzwischen ein Interesse am kontrollierten Fortbestand der AfD als Teil des rechten und bürgerlichen Lagers haben. Auch verfügt die Partei schließlich durch ihren Einzug in diverse Parlamente inzwischen über erste Ansätze an Patronage- und Professionalisierungsmöglichkeiten. Lässt sich dieser halbwegs stabile Zustand auf der Führungsebene stabilisieren, so wird sich die AfD im Parteienspektrum etablieren können.

- b) Vieles spricht dafür, dass die CDU/CSU durch die Flüchtlingsfrage und ihre Folgen auf mittlere Sicht zu den „Opfern“ und „Verlierern“ des Jahres 2016 gehören wird. Die Flüchtlingsfrage hat nicht nur im Blick auf die ganz praktische Bewältigung der Aufnahme- und Integrationsprobleme und natürlich auch der Abschiebefragen klare innerparteiliche Fronten zwischen CDU und CSU, aber auch in den einzelnen CDU-Landesverbänden geschaffen. Durch sie ist auch der von der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden über Jahre hinweg verdeckt, gleichwohl zielstrebig und taktisch geschickt betriebene Modernisierungskurs wieder auf die politische Agenda geraten. Konzentriert sich die offene Konfrontation mit der AfD weiterhin in erster Linie auf die kulturelle Konfliktachse, so wird dies den in Not geratenen Traditionswähler\*innen in beiden Unionsparteien neuen Auftrieb geben und dauerhafte Konflikte mit den Modernisierer\*innen zur Folge haben. Für die Union sind diese innerparteilichen Zerwürfnisse auch deshalb bedeutsam, weil im Verlauf dieser Auseinandersetzungen schnell und schmerzlich die Frage nach dem bislang nie bezweifelten Selbstverständnis als Volkspartei aufkommen kann. Die CDU und ihre bayerische Schwesterpartei galten nicht nur in weiten Bereichen der Parteienforschung, sondern vor allem in der Selbstwahrnehmung als das Paradebeispiel einer Volkspartei. Dieses Prädikat wurde der Union auch deshalb zugebilligt, weil sie lange



Zeit auf der Bundesebene und in vielen Ländern durch imposante Integrationsleistungen dominante Mehrheitspartei und „Landespartei“ war. Seit der deutschen Vereinigung allerdings ist der Typus der Volkspartei angekränkt, und er ist auch als Leitbild der Parteientwicklung in Zweifel gezogen worden. Aber diese kritischen Einwände richteten sich immer in erster Linie an die SPD, deren Integrationsschwächen deutlich auffälliger waren als die der CDU. Spätestens mit den Wahlen des Jahres 2016 hat die Debatte um die Krise der Volksparteien nun auch die Union erfasst. Einbrüche wie in einigen ostdeutschen Ländern und nun ein drohendes neues Schisma auf der kulturellen Konfliktachse werden als massive Herausforderungen empfunden.

- c) Auch für die Sozialdemokraten hat das Wahljahr 2016 einige bittere Lektionen bereithalten, die in den kommenden Monaten für spannende Diskussionen sorgen werden. Zum einen findet die für die CDU neue Diskussion um den ins Wanken geratenden Volksparteistatus bei der SPD schon auf einer fortgeschrittenen Konkretisierungsebene statt. Sieht man von Rheinland-Pfalz ab, wo sich weitgehend unbemerkt bzw. unkommentiert eine kampagnenfähige und mehrheitsfähige SPD in sehr unübersichtlichen Wahlkampfverhältnissen mit großer Bravour behaupten konnte, steht für die Sozialdemokratie eine eher problematische Organisationsbilanz zu Buche. In Ostdeutschland zeigt sich bei jeder Wahl, auch diesmal in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, dass auch 25 Jahre nach der Vereinigung die Sozialdemokratie als eigenständige zivilgesellschaftliche Kraft de facto kaum vorhanden ist. Verschwindend geringe und obendrein noch absinkende Mitgliederzahlen und eine prekäre Organisationsstruktur machen einen sozialdemokratischen Beitrag etwa bei den Auseinandersetzungen mit den Rechten in ihren verschiedenen Erscheinungsformen auf lokaler und regionaler Ebene schon im Ansatz fast unmöglich. Hier ist man der Auseinandersetzung mit der AfD und der sie umgebenden rechten Szene vor Ort und in den alltäglichen Lebenswelten der Wähler\*innen trotz aller Beschwörungen nicht gewachsen. Wird man diese notorischen Schwächen beheben können?

Das Jahr 2016 hat zudem die SPD durch den Aufstieg der AfD in die brisante Lage versetzt, dass sie wieder verstärkt über ungeliebte Lager-Koalitionen diskutieren muss. Mit dem Aufkommen der AfD haben sich Chancen für die immer wieder angestrebten Rot-Grün-Bündnisse weiter verringert. Auf der Bundesebene etwa ist ein derartiges Bündnis schon lange rein hypothetisch. Unter den verbleibenden Optionen ist eine Lager-Koalition wie etwa in Berlin nun eine durchaus wahrscheinliche Variante geworden. Zudem geraten unter dem Eindruck der Flüchtlingsfrage und der durch sie aktualisierten Wohlfahrtsstaatsdebatte im Zusammenhang mit der Integrationspolitik die schon unter Gerhard Schröder beiseite geräumte, traditionelle Wohlfahrtsstaatsoption und eine Modifikation der Schuldenbremse wieder auf die sozialdemokratische Tagesordnung. Aber was bedeutet diese Wiederkehr traditioneller sozialdemokratischer Politikvorstellungen für die innerparteilichen Kräfteverhältnisse? Welche Figuren, welche Gruppen in der SPD können überhaupt eine Re-Traditionalisierung in die Wege leiten? Man kann also bei beiden großen Parteien sowohl im Blick auf die Wähler\*innen als auch auf die ideologisch-programmatischen Ausrichtungen eine erzwungene Renaissance schon überwunden geblauher Traditionselemente feststellen.

Bezieht man also die Dimension des Parteiensystems in die analytische Betrachtung mit ein, so ergibt sich über das AfD-Thema hinaus ein komplexes Bild. Das Wahljahr 2016 endet mit zwei widersprüchlichen politischen Trends, die aller Voraussicht nach auch auf die kommende Bundestagswahl abstrahlen werden. Zum einen zeichnen sich kompliziertere und krisendurchsetzte Verhältnisse im Parteienwettbewerb und bei der Koalitionsbildung durch den Aufstieg der AfD ab. Dieser Aufstieg ist langfristig eingelagert in krisenhafte gesellschaftliche Entwicklungen, die Teile der Bevölkerung in verschiedenen Lebensbereichen, aber eben auch in der Politik unter Stress gesetzt haben. Eine von mehreren Stressreaktionen ist der Vormarsch des Rechtspopulismus nun auch in Deutschland. Dieser Vormarsch ist eindeutig mehr als nur Protest bzw. die Protestdiagnose wird zur Leerformel, wenn sie nicht mit den gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen und Voraussetzungen verbunden wird, die erst die Problemsubstanz hinter dem Protest sichtbar werden lassen. Der Aufstieg der AfD und das damit veränderte Parteiensystem führen – wie zu erwarten – zunächst zu Funktionskrisen etwa bei der Regierungsbildung. Gleichzeitig geraten jedoch „Reformen“ und „Modernisierungen“, die einen nicht unwesentlichen Anteil an den Krisen hatten, ganz unerwartet unter dem Druck der Verhältnisse wieder auf die politische Agenda. Wir warten nun gespannt auf erste Schritte zur Stressbewältigung.

**Dr. Gerd Mielke**

ist Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Unter den Ministerpräsidenten Rudolf Scharping und Kurt Beck war er Abteilungsleiter und Leiter der Stabsstelle für Grundsatzfragen in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz in Mainz.

E-Mail: [mielke@politik.uni-mainz.de](mailto:mielke@politik.uni-mainz.de)